

Bezugspreis: Vom 1. Oktober bis 31. November 14 Milliarden M. voraus zahlbar. Unter Bezugnahme vom 1. Oktober bis 31. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet sowie Österreich und Ungarn 14150 Millionen, für das übrige Ausland 14500 Millionen. Halbbezugspreis freibleiben d.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ und der Beilage „Erlaubung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Reklametabelle 400 Mark, Reklametabelle 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 Mark (zweiwöchig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 Mark. Stellengedichte das erste Wort 60 Mark, jedes weitere Wort 30 Mark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zelle 40 Mark. Alle Grundpreise mal Schließzahl zurzeit 18 Millionen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 30. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeikonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Militärherrschaft in Dresden. Reichswehr holt die Minister aus den Klemtern.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Montag zu dem jüngsten Vorgehen des Reichskanzlers gegen die sächsische Staatsregierung Stellung genommen. Ausgangspunkt dieser Aktion ist das Verhalten der Kommunisten in der sächsischen Regierung.

Der Parteivorstand hält das Vorgehen der Kommunisten in Dresden, die, gedeckt durch die Landtagsfraktion der Kommunisten, in Flugblättern zur Bewaffnung aufgefordert haben, für unverträglich mit den Interessen der Republik. Die kommunistische Partei hat damit zugleich die Grundlagen zerstört, auf denen seinerzeit der Versuch der gemeinsamen Regierungsbildung unternommen wurde.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Hamburger Kommunistenputsch und nach den Dresdener Vorgängen das Verbleiben von Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist.

Trotzdem hält der Parteivorstand das Vorgehen des Reichskanzlers, der in Dresden einen Reichskommissar einsetzte, und die verfassungsmäßig gebildete Regierung ausgeschaltet hat, nicht für gerechtfertigt. Außerdem hätte mit größerem Recht die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen.

Der Parteivorstand wird sich sofort um eine Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird dann am Mittwoch gemeinsam mit der Reichstagsfraktion zu den zwischen dem Reich, Bayern und Sachsen bestehenden schweren Differenzen Stellung nehmen.

Als der Parteivorstand in den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages den oben wiedergegebenen Beschluß faßte, waren ihm die Vorgänge noch nicht bekannt, die sich etwa zu gleicher Zeit in Dresden abspielten. Diese Vorgänge verstärken den Eindruck, daß Kräfte am Werke sind, die nicht nur aus Stumpheit und Ungeschick herausfordernd wirken, sondern die ganz absichtlich und mit kalter Ueberlegung so wirken wollen. Sie sind nicht zufrieden, solange es ihnen nicht gelungen ist, auch dem Geduldigsten und Besonnensten das Blut in die Schläfen zu treiben, sie wollen den Kladderadatsch herbeiführen, weil sie sich auf ihre Waffen gestützt als die Stärkeren fühlen und ihren Erfolg für sicher halten.

Der Aufruf, den die Zentralinstanzen unserer sächsischen Partei erlassen haben, ist unter solchen Umständen geradezu ein Akt des Heroismus. Und heroisch werden die sozialdemokratischen Arbeiter handeln, wenn sie, den Mahnungen dieses Aufrufs folgend, jede unbefonnene Handlung unterlassen. Sie werden ihre politische Reife erweisen, indem sie in diesem Augenblick gerade das nicht tun, was ihre böseartigsten Gegner sehnlich erwarten und wünschen und wozu sie die Massen mit allen Mitteln zu treiben versuchen. Wie in den Zeiten der schwärzesten Reaktion gilt auch jetzt wieder in Sachsen und im ganzen Reich die Parole: „Genossen, laßt Euch nicht provozieren!“

Auf dem politischen Schachbrett Deutschlands wird jetzt ein Spiel gespielt, in dem ein einziger falscher Zug entscheiden kann. Darum ist es notwendig, daß wir die größte Kaltblütigkeit bewahren und uns das Geheiß unseres Handelns nicht vom Gegner aufzwingen lassen.

Die Reichsregierung hat ihren traurigen Triumph in Sachsen damit erkämpft, daß sie ihre innere Einigkeit zerstörte und die hinter ihr stehenden Parteien in die allergrößte Verwirrung brachte. Ein Blick in die Presse genügt, um das zu zeigen. Organe der Demokratischen Partei und des Zentrums führen gegen sie eine ebenso scharfe, wenn nicht noch eine schärfere Sprache als sie hier geführt werden muß. Und dieser Zustand innerhalb der Regierungskoalition ist herbeigeführt worden in einem Augenblick, in dem das a u f s t ä n d i s c h e Bayern seine Truppen ausrüstet, um der Republik und ihrer Verfassung den Garau zu machen.

Wie sieht es im Kabinett selbst aus? Auch der Außenstehende errät es, wenn er die WTB-Falschmeldung liest, nach der das Kabinett die Maßnahmen gegen Sachsen einstimmig beschlossen haben soll, und sie mit der Erklärung vergleicht, die die sozialdemokratischen Reichsminister hier abgegeben haben. Er begreift, daß es nicht die Aufgabe von Ministern ist, mit Gefühlsausdrücken an die Öffentlichkeit zu treten, er versteht aber auch, mit welchen Gefühlen trotzdem diese Minister bisher auf dem Posten verblieben sind, auf die sie von der Partei gestellt wurden.

Ueber die Vorgänge im Kabinett und in der Reichskanzlei sei übrigens noch das folgende festgestellt: Der Wortlaut des Ultimatums Stresemanns an Zeigner ist nicht das Ergebnis eines Kabinettsbeschlusses, vielmehr ist der Brief verfaßt und abgefaßt worden auf Grund des

Art. 48 der Verfassung. Die sozialdemokratischen Minister waren lediglich über die Absicht des Oberbefehlshabers Gehler informiert worden, den Rücktritt der sächsischen Regierung zwecks Ausschaltung der kommunistischen Kabinettsmitglieder zu erzwingen. Sie haben, wie bereits berichtet, ihre stärksten Bedenken gegen eine solche Absicht zum Ausdruck gebracht; leider vergebens. Ihre Zustimmung zu dem Ultimatum selbst ist nicht eingeholt worden. Vielmehr trägt der Reichskanzler allein die Verantwortung für diesen Schritt.

Ferner: Noch in der Nacht vom Sonntag auf Montag hat der Reichskanzler den aus Dresden zurückgekehrten Genossen Dr. Gradnauer und Dr. Hilferding das bestimmte Versprechen abgegeben, daß vor Dienstag nichts geschehen würde; der Reichskommissar würde dementsprechend instruiert werden. Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden.

Herr Dr. Stresemann hat seine Regierung als die letzte verfassungsmäßige Regierung des Reiches bezeichnet. Trotzdem hat er in der sächsischen Frage so gehandelt, als ob er es gar nicht mehr erwarten könnte, daß das Reich diese letzte verfassungsmäßige Regierung loswerde. Hat er all die schweren Verantwortungen der äußeren und der inneren Politik wirklich nur auf sich genommen, um durch eine geradezu kunstvoll herbeigeführte Krise alle vielleicht möglichen Anfangserfolge dieser Politik im Keim zu ersticken? Sieht er nicht, wohin der Wagen läuft? Und daß nur noch der stärkste Griff in die Speichen, beinahe nur noch ein Wunder ihn vor dem Abgrund retten kann?

In später Nachtstunde geht uns noch folgende bedeutungsvolle Mitteilung zu:

Die Nachricht, daß die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung eines Reichskommissars für Sachsen schon in der letzten Nacht erlassen sei, ist unrichtig. Tatsächlich wurde das schwerwiegende Dokument dem Reichskanzler erst um 11 Uhr vormittags überreicht, und zwar mit dem Hinzufügen, daß über die Frage der Ausführung erst eine Verständigung mit dem Kabinett und den Parteiführern herbeigeführt werden müsse. Dies wurde ausdrücklich zugesagt. Unverständlicherweise erfolgte aber diese Verständigung nicht, sondern der Mechanismus der Verordnung wurde sofort in Gang gesetzt mit dem Erfolg, daß die sächsischen Minister mit Militärbegleitung aus ihren Klemtern herausgebracht wurden.

Die Frage bleibt offen, wer es so eilig gehabt hat, eine Entwicklung der Dinge herbeizuführen, die das ganze Reich mit schwerem Verhängnis bedroht.

Sitzung des Reichskabinetts.

Gestern um 1/10 Uhr abends trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, die bis gegen 11 Uhr dauerte. Die sozialdemokratischen Minister gaben ihrer Entrüstung über die Dresdener Heinze-Müller-Wirtschaft schärfsten Ausdruck. Sie werden ihre weiteren Entscheidungen im Einverständnis mit den Parteinstanzen treffen. Unter diesen Umständen kommt der heutigen Sitzung des Fraktionsvorstandes und der morgigen der Fraktion eine außerordentliche Bedeutung zu. Reichswehrminister Dr. Gehler ist plötzlich erkrankt.

Die Vorgänge in Dresden.

Dresden, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Reichskommissar Dr. Heinze hat am Montag mittag sämtlichen sächsischen Ministern das Abfertigungsdekret mit der Aufforderung überreichen lassen, bis 2 Uhr mittags die Ministerien zu verlassen. Pünktlich um 2 Uhr erfolgte der Anmarsch der Reichswehr, die Befehl hatte, die Ministerien zu „säubern“. In Begleitung mehrerer Militärposten marschierten die einzelnen Kompanien in die Altstadt und besetzten die Ministerien, den Landtag und das Hauptpostamt. Im Staatsministerium wurden zunächst sämtliche Eingänge besetzt und mit Maschinengewehren gesichert; dann wurde das Treppenhaus abgeriegelt. Unter Führung von zwei Offizieren nahmen mehrere Palrouillen die Minister fest und führten sie unter starker Bedeckung — die Mannschaften mußten die Gewehre entriegeln — zum Ausgang, wo sie in Freiheit gesetzt wurden. Niemand durfte das Haus ohne Genehmigung des leitenden Offiziers verlassen oder betreten. Als Genosse Zeigner aus seinem Zimmer geführt wurde, hatten sich auf dem Gang zahlreiche Ober- und Unterbeamte versammelt, von denen sich der Ministerpräsident durch Händedruck verabschiedete. Ein Beamtenvertreter gelobte in kurzer Ansprache dem Ministerpräsidenten unverbrüchliche Treue. Genosse Zeigner erwiderte, er habe die Hoffnung, daß jeder voll seine Pflicht tun

werde. Im Finanzministerium erklärte Böttcher dem Reichswehroffizier, daß er die Handlungsweise als einen Bruch der Reichs- und Landesverfassung betrachte und persönlich nur der Waffengewalt weiche.

Die Kommunisten benutzten das Verbot ihrer Zeitungen zur verstärkten Generalstreikhe. Von führender kommunistischer Seite wurde am Montag nachmittag offen erklärt, daß die Kommunisten es als einen Mißerfolg ihrer Politik empfinden müßten, wenn es nicht zum Generallstreik käme. Im Gegensatz hierzu veröffentlicht der Landesvorstand der Sozialdemokratie folgenden Aufruf „An die werktätige Bevölkerung Sachsens!“:

„Die Landesinstanzen sind sich bewußt, daß das Diktat der Reichsregierung die härteste Belastung des sächsischen Proletariats darstellt. In voller Wertung der bestehenden Machtverhältnisse muß jedoch vor jedem unbefonnenen Schritt und jeder Einzelaktion der werktätigen Massen gewarnt werden. Eine Aktion des sächsischen Proletariats darf nur auf Anweisung der zuständigen Instanzen, der Parteien und Gewerkschaften erfolgen. Weitere Anweisungen ergehen zur gegebenen Zeit.“

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft dieser Parole des Abwartens voll zustimmen wird, da man sich über die Aussichten eines leichtsinnig zum Zaune gebrachten Generalstreiks keinen Illusionen hingibt. Große Empörung herrscht in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über das erst durch die Presse bekanntgewordene Flugblatt, das vom Landesvorstand der SPD. unterzeichnet ist und zum bewaffneten Kampf gegen die Militärdictatur auffordert. Die „Dresdener Volkszeitung“ betont, daß die Kommunisten damit wider Treu und Glauben gehandelt und die Sozialdemokratie in illoyaler Weise hintergangen haben. In klarer Erkenntnis des Ernstes der Lage richtet unser Dresdener Parteiblatt das dringende Ersuchen an die Arbeiterschaft, sich unter keinen Umständen zu übereilten Handlungen verleiten zu lassen.

Heinzes vorläufige Ministerliste.

Dresden, 29. Oktober. (WTB.) Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, erläßt folgenden Aufruf an die sächsische Bevölkerung:

Der Herr Reichspräsident hat auf Grund der Reichsverfassung Art. 48 Abs. 1 die bisherige sächsische Regierung ihres Amtes entbunden und mich als Reichskommissar bestellt. Meine Hauptaufgabe ist zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4 die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, Unruhen zu verhüten, den Terror der Straße und in den Betrieben zu brechen und damit die Rechtssicherheit zu schaffen, die die Voraussetzung für jede gedeihliche Arbeit und das Ansehen der sächsischen Wirtschaft ist. Meine Hauptaufgabe wird sein, für die Ernährung der Bevölkerung das Möglichste zu tun, mein Hauptziel, so rasch als möglich unter Zusammenfassung aller verfassungstreuen Kräfte die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Ich vertraue darauf, daß mich alle Gutgesinnten in der Erfüllung meiner schweren Aufgabe tatkräftig unterstützen.

Von der Beamtenschaft erwarte ich, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt. Beamte, die sich etwa ihrer Dienstpflicht entziehen sollten, werden die Folgen ihrer Pflichtvergeßlichkeit zu tragen haben. Mit der Fortführung der Geschäfte in den einzelnen Ressorts sind bis zur Bildung der neuen Regierung folgende Beamte beauftragt worden:

Ministerium des Innern: Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt;
Finanzministerium: Dr. Ing. Just;
Wirtschafts- und Arbeitsministerium: Ministerialdirektor Dr. von Hurbel;
Ministerium der Justiz: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Manns-feld;

Ministerium für Volksbildung: Ministerialdirektor Dr. Woelter.
Die Leitung der Staatskanzlei ist ihrem früheren Leiter Ministerialdirektor Dr. Schulze übertragen worden.

Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen
gez. Reichsminister a. D. Dr. Heinze.

Politische Versammlungen verboten.

Dresden, 29. Oktober. (WTB.) Das Wehrkreiskommando erläßt folgende Bekanntmachung:

Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich: Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zu anderweitiger Regelung verboten.

Zu widerstandlos unterliegen der in Ziff. 7 meiner Verordnung vom 27. Oktober angeführten Strafandrohung.

Dresden, den 29. Oktober 1923.
Der Militärbefehlshaber.
gez. Müller, Generalleutnant.

Ein Rückzug.

Dresden, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalleutnant Müller hat am Montag folgende Verordnung erlassen: „In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtages durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtages nicht statt.“

Diese Verordnung ist im Laufe des Montagnachmittags auf Anordnung des Reichskanzlers wieder zurückgenommen worden. Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde gegen diese geplante verfassungswidrige Maßnahme entschieden protestiert.

„Die Kühne Tat“.

Dass die Berliner Rechtspresse voller Jubel ist über das Vorgehen des Reichskanzlers in Sachsen, versteht sich am Rande. Es tauchen zwar schmerzliche Zweifel auf, ob Stresemann genug Energie aufbringen werde, um das Vorgehen gegen Sachsen zu Ende zu führen und ob nicht doch vielleicht noch Mittel und Wege gefunden würden, das ersehnte Ziel aller Reaktionen, den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung, nicht zu erreichen, aber im großen und ganzen überwiegt doch die Genugthuung. Die reaktionäre Presse vergißt in ihrer Freude sogar, daß das Vorgehen des Reiches gegen Sachsen für alle Föderalisten (und die bayerischen Föderalisten sind doch die besten Freunde der Reaktion) ein unangenehmes Präjudiz schafft. Die Presse der Koalitionsparteien ist in der Beurteilung der sächsischen Vorgänge bedeutend zurückhaltender. Das Zentrumsorgan, die „Germania“, findet, daß „der rechtliche Standpunkt der sächsischen Regierung unangreifbarer sei als der der Reichsregierung“, und sie stellt fest:

„Es ergibt sich das merkwürdige Bild, daß eine Landesregierung, daß der Versuch, die Kommunisten aus der sächsischen von einer Reichsregierung abgesetzt werden soll, der keine Bestimmung der Reichsverfassung das ungewisse Recht gibt, das sie zu ihrem Vorgehen eigentlich nötig hätte.“

Der Schritt der Reichsregierung ist zum Schutze der Reichsverfassung erfolgt, gegen die einzelne Mitglieder der sächsischen Regierung grüßlich verstoßen haben. Es bleibe aber ein peinliches Gefühl, wenn der Dresdener Regierung der Nachweis gelänge, daß die gegen sie gerichteten Maßnahmen nur unter Verletzung der Reichsverfassung möglich waren. Zudem greift das Reich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß in die Befugnisse der Länder zu einem Zeitpunkt ein, in dem die Frage des Verhältnisses der Länder zum Reich zur öffentlichen Diskussion steht und auf Grund der Erfahrungen gerade dieses Jahres die Ueberzeugung immer mehr Boden gewinnt, daß nur eine größere Selbstständigkeit der Länder die Gewähr für ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Zentrale und den Hauptstädten der Länder bietet. Der Schritt der Reichsregierung verfolgt die entgegengesetzte Tendenz. Er erweitert die Rechte des Reiches und verfährt über ein selbständiges Land wie über eine Reichsprovinz.“

Auch die „Germania“ ist der Meinung, daß das Reich genug Möglichkeiten, auf andere Art und Weise auf Sachsen einzuwirken, gehabt habe als auf zweifelhafter Rechtsgrundlage die Absetzung der sächsischen Regierung zu dekretieren. Auch sie kommt in der Sache zu der Schlussfolgerung, daß „der Versuch, die Kommunisten aus der sächsischen Regierung auszuschalten, mit anderen Mitteln bessere Erfolge versprochen hätte als durch ein wie aus der Pistole geschossenes Ultimatum, das sich in der Politik noch selten bewährt hat“. Offenbar sind die Bedenken, die die „Germania“ rechtlich und tatsächlich gegen das Vorgehen in Sachsen äußert, von der Erkenntnis diktiert, daß dieses Vorgehen die größten Gefahren für das Reich heraufbeschwären kann. Mit Recht stellt sie fest:

„Ein Blick in die Reichsblätter genügt, um zu erkennen, welche Hoffnungen an den Schritt der Reichsregierung in den Kreisen

geknüpft werden, die seit Besetzen der großen Koalition im Reich nicht aufgehört haben, dieses Hindernis für eine Diktatur der Rechten zu beseitigen. Die „Deutsche Zeitung“, die sonst kein gutes Haar an dem Kabinett Stresemann läßt, feiert die „Kühne Tat“ und kündigt die Stunde der Entscheidung an. Die Deutschnationalen betrachten den Vorstoß gegen Sachsen als einen Schritt weiter zum Ziele der Wiedererrichtung ihrer Herrschaft, wie der helle Jubel der deutschnationalen Presse beweist. Es ist Aufgabe des besonnenen Teils des deutschen Volkes, die Pläne der rechtsradikalen Katastrophopolitiker zu durchkreuzen. Weder die Reichsregierung noch die Sozialdemokratie dürfen ihnen ungemächelt Vorkommen lassen. Wenn Stresemanns Vorgehen gegen Sachsen und Bayern den Zweck haben soll, die Diktaturgüste auf der rechten und der linken Seite zu erledigen, dann darf er sich nicht nach einer Seite abdrängen lassen, um dadurch den Mut derer zu stärken, die die Stunde der Entscheidung bereits schlagen hören.“

Niemand wird sagen können, daß die Meldungen aus Dresden über das Vorgehen der Reichswehr mit all ihren militärischen Einzelheiten dazu berechtigen, die Befürchtungen der „Germania“ für ungerichtet zu halten. Die reaktionäre Presse, voran die „Scherl“-Blätter, versuchen sich regelrecht als Inspiratoren der „Säuberungsaktion“ aufzuspielen. Und es muß sich bald zeigen, ob nicht die Art, wie die Reichsregierung vorgegangen ist, nicht nur die reinliche Scheidung von den Kommunisten erschwert, sondern auch die Stellung der Reaktion in Deutschland außerordentlich gestärkt hat. Es ist aber oft so gewesen, daß auch in der Politik die Tat ein anderes Antlitz zeigt, wenn sie geschehen und ihre Auswirkungen zu spüren waren.

Sitzung des Bezirksvorstandes.

Der erweiterte Bezirksvorstand von Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung die Berichte des Genossen Anstier und der Genossin Bäum über die Vorgänge in Sachsen zur Kenntnis genommen.

Der Bezirksvorstand hat einstimmig das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen verurteilt. Er erwartet, daß die Zentralinstanzen der Partei und Gewerkschaften alle Kräfte des Proletariats gegen den Ansturm der Reaktion mobilisieren.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist vom Fraktionsvorstand telegraphisch für Mittwochnachmittag 2½ Uhr zusammenberufen worden.

Dr. Stresemann als zweiter Walter Rathenau

Der „Völkische Beobachter“ vom 27. Oktober veröffentlicht einen Leitartikel über die Hagener Rede des Reichskanzlers, der mit folgenden Worten schließt:

Für uns in Bayern ergibt sich aus der Rede Stresemanns mit aller Deutlichkeit, daß es zwischen Bayern und der Berliner Regierung eine Einigung unmöglich geben kann. Wenn irgend etwas uns in dieser Auffassung bestärken konnte, so war es diese Rede, für die wir Herrn Stresemann aus diesem Grunde dankbar sind. Mit gleichem Wortsinn, der von Widersprüchen freist, ist Deutschland nicht zu retten. Erfüllungspolitik ist heute ein Verbrechen, ist Volksverrat, und darum werden wir der Berliner Regierung mehr denn je den Kampf ansetzen müssen, um das Unheil zu verhindern, das diese sogenannte „Regierung“ weiterhin anzurichten im Begriffe ist.

Die Ueberschrift dieses Artikels, der dem Reichskanzler „Verbrechen“ und „Volksverrat“ vorwirft, ist als Kopfleiste über der ganzen Seite des Blattes angebracht und lautet: „Dr. Stresemann als zweiter Walter Rathenau.“ So schreibt man jetzt in München, wo die sozialdemokratische „Post“ verboten worden ist! So schreibt man in München, der allbewährten Mörderzentrale, gegen Reichsminister!

Bayerische Rückfragen.

An maßgebenden Stellen Münchens sieht man den Konflikt mit dem Reich, wie uns berichtet wird, durch die Forderung der Reichsregierung nach Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Befehlsgewalt im bayerischen Teile der Reichswehr als außerordentlich verschärft an. Der bayerische Gesandte in Berlin, Pregar, der seit Freitag in München weilte, wird im Auftrage der bayerischen Regierung Rückfragen an die Reichsregierung stellen. Man ist sich in München nicht klar darüber, ob das Reich nur ein Abdrücken von Lössen oder auch ein solches von Kahr verlangt, und ob man auf der Aushebung des bayerischen Ausnahmezustandes besteht. Der bayerische Minister wird sich heute mit der Angelegenheit beschäftigen; doch dürfte ein Entschluß erst nach der Rückkehr Pregar's nach München, die für Donnerstag erwartet wird, gefaßt werden.

Die „Münchener Post“ verboten.

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstaatskommissar v. Kahr hat mit sofortiger Wirkung das Erheben der „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten, und zwar wegen der Artikel „Bayerns Reichstreue“ in Nr. 249 vom 25. Oktober und „Ausweitung von Juden aus München“ in Nr. 250 vom 28. Oktober. Unter das Verbot fällt jede andere Zeitung, die sich als Fortsetzung der „Münchener Post“ erweist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft.

Der Staatskommissar von Bamberg hat auf Grund der Kahr-Verordnung vom 29. September die Arbeiter-Samariterkolonnen Bamberg's aufgelöst. Zur Begründung wird angeführt, die Arbeiter-Samariterkolonnen seien ein Bestandteil des aufgelösten sozialdemokratischen Ordnungsdienstes.

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Da den Kommunisten durch die Verordnung des Generalstaatskommissars die politische Betätigung in Bayern völlig unterbunden ist, versuchen sie in letzter Zeit, sich mit besonderem Nachdruck in den Gewerkschaftsversammlungen politisch auszuwirken. Ihre Versuche mußten zurückgewiesen werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß Herr v. Kahr darin eine erwünschte Gelegenheit erblickt, gegen die Gewerkschaften vorzugehen und ihre Versammlungen zu verbieten.

Die Teilnehmer an der geheimen kommunistischen Führersitzung vom 20. Oktober, im ganzen 34 Leute, sind nunmehr alle verhaftet. Da sich unter dem beschlagnahmten Schriftmaterial auch detaillierte Pläne der Sprengung der Zufahrtsbrücken zum Münchener Hauptbahnhof vorfinden, so ist ein umfangreicher Strafprozeß gegen die Verhafteten zu erwarten.

Nachspiel zum Küstnerer Putsch.

Vor dem außerordentlichen Gericht in Cottbus fand am Montag Feldwebel a. D. Wustler, der in den kritischen Septembertagen in der Umgebung von Berlin mit anderen jungen Leuten unter dem Verdacht putschlicher Absichten von der Schutzpolizei ausgegriffen wurde. Der Angeklagte versuchte im Wahllokal ein Schriftstück zu vernichten, das sich als eine genaue Skizze des Preussischen Ministeriums des Innern herausstellte, in der die Punkte des Gebäudes eingezeichnet waren, die mit militärischen Posten zu besetzen gewesen wären. Infolge dessen wurde gegen Wustler Anklage wegen Beihilfe der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens erhoben. Der Angeklagte versuchte glaubhaft zu machen, daß er die Skizze von einem „Vorgesetzten“ zu dem Zweck erhalten habe, um das Ministerium gegebenenfalls vor Plünderungen zu schützen. Die Verteidigung operierte mit dem aus allen Prozessen gegen Rechtsputschisten bekannten Argument, Wustler habe sich lediglich den Anordnungen seines Vorgesetzten gefügt, auch habe er nicht die zur Strafbarkeit erforderliche Kenntnis der Tatumstände besessen. Er sei also freizusprechen. Der Anklagevertreter beantragte drei Jahre Festung. Das Urteil lautete im Sinne der Anklage unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf ein Jahr Festung unter Ablehnung der Haftentlassung.

Vom Entbehren.

Von Emil Roth-Schönholz.

Wohlfühl und Entbehren
sind Menschen ernährten.“

Dieser wunderschöne Spruch ist nicht von mir. Er steht vielmehr sinnfällig und hinfällig an der Giebelwand eines noch nicht hundert Jahre alten Bauernhauses der Hünedurger Heide an der Straße nach ... Hall! Schweigen ist Goldmarkt! Die Vorleser für Sprüche, mehr oder minder schön, ist — oder war — in dieser Gegend recht verbreitet. Erst kürzlich hat ein Bauer voller Zorn die echt christliche Inschrift über seiner Tür

„Gott gebe allen, die mich kennen,
zehnmal mehr, als sie mir gönnen!“

wegtragen lassen. Wollte er nicht einmal mehr im Wünschen freigebig sein?

Nun, was kümmert's mich. Obiges Häuschen ist nur eines von den vielen, das dem Herrn Soundso, Sproß einer uralten Familie gehört. Ueberhaupt — ihm gehört das halbe Dorf. Ihm gehören die größten Felder rundum, der prachtvollste Wald. Sein ist die hübsche Villa an der gleichen Straße. Sein die wundervolle Limousine, in der er, ebenfalls auf derselben Straße, sein Entbehren feischig spazieren fährt. Wie gesagt, sein Entbehren. Das Arbeiten überläßt er seinen Tagelöhnern und -löhnerinnen. In uralten Zeiten — so etwa vor acht Jahren — erhielten sie einen Tagelohn, der sich zwischen achtzig und einhundertzwanzig Goldpfennigen bewegte. Dazu freie Kost. Heute erhalten sie wenige Papiermark. Denn Arbeiten und Entbehren hilft Menschen ernähren.

Herr von Soundso gibt ihnen den echt christlichen Rat, ihr Geld wertbeständig in Papiermark auf der Kreisparkasse anzulegen. Und so tragen Männlein und Weiblein ihren kostbaren Verdienst zur Kreisparkasse. Und freuen sich, wie die Zahlen im Buche schwellen. Ich selbst sah das Sparbüchlein einer betagten Feidarbeiterin. Bei einem Dollarstande von — ja Millionen, Ende Juli, besaß sie bereits 600 Papiermark. Schön, nicht? Nur einige ganz Aufgeweckte lassen sich ihren Tagelohn in Roggen zahlen.

Der Roggen ist die Seele des Landes. Was kümmern den Bauer Gulden und Kronen, wenn er nur Roggen hat. Der steigt und steigt, ob der Dollar fällt oder steigt. Denn auch hier ist er Alleinherrscher: Obwohl das Rest nicht dreitausend Seelen zählt, werden an manchen Tagen die Preise im „Konsum“ viermal „wertbeständig“ gemacht. Ja, es gibt eben noch keinen Roggenkommissar ... Wästhchen geküßt? Man kann wohl aus Breitschiffen Draisien beschlagnahmen, nicht aber zentnerweise Roggen.

Selbstverständlich spekuliert auch hier alles. Auf Hauke natürlich. Beispiel: Viehhändlergespräch. Einer macht in Rügen, der andere in Schweinen. Beide finden, daß sich mit Scheds besser arbeiten läßt. Ehe die Scheds da sind, ist auch Deckung da. Das bringt 20 (!!) Schweine mehr ein. Der Rühändler ist erboft. Hat

28 Kühe aufgenommen. Bei dem Dollarstand verkauft er nicht! Wenn der Dollar nicht will, hängt er die Kühe eben ins Hamburger Kühlhaus. Die feste bringen ja schon genug ein. Ja ... es ist nicht so einfach heutzutage. Es wird eben nicht nur Röhren und Schweinen das Fell über die Ohren gezogen.

Ich bringe das meine rasch in Sicherheit und lande in einem Papierwarenladen. Ansichtskarten? Ja, 10 Stück — ja Milliarden. Da wendet sich der Gast mit Grauen.

Und statet einem ihm bekannten Hofbesitzer einen Besuch ab. Der Stadtmagist steht beschämt: Auf der „Dünge“ (Diese) spiegelblankem Beleg prunten zwei blendendweiße Korbfleischgarrituren. Duft holt die riesige Standuhr zu einem Schloge aus, der mein Herz erzittern läßt. Die Fugen des Hauses wanken. Man läßt mich zum Abendbrot!

Umstände? Kein Gedanke! Aus elektrischer Krone helles Licht auf ein Tischchen, mit dem das riesige Landrot an Weißer weiterfirt. Wurst, Schinken, Käse in roffen Resten. ... Ich kann nicht anders: Ich muß mitentbehren! ...

Wie lange ein Urwald zum Entstehen braucht.

Durch einen vulkanischen Ausbruch wurde die Pflanzenwelt der Krakatau-Inseln 1883 vollständig zerstört. Da diese unbewohnten Inseln, die völlig sich selbst überlassen sind, vom Festland 40 Kilometer entfernt liegen, so bot sich hier die denkbar günstigste Gelegenheit, einmal zu beobachten, wie lange Zeit nötig ist, bis ein Land wieder mit einem Pflanzenfeld bedeckt wird, bis die jungfräuliche Keppigkeit eines echten Urwaldes entsteht.

Das neue Keimen und Wachsen war natürlich nur durch die Uebertragung von Samen und Früchten möglich, die Wind, Vögel und Meeresströmungen brachten, und so konnte man auch Beobachtungen über die Verbreitungsmöglichkeit der Pflanzen sammeln. Dies ist innerhalb von 40 Jahren geschehen, und über die Erfahrungen berichtet Stark in den „Naturwissenschaften“. Schon 3 Jahre nach dem Ausbruch deschichte Treub die Inseln und konnte 25 Pflanzenarten, darunter 14 Phanerogamen, festgestellt, bis über die Menschenfährte verstreut waren. 10 Jahre später, 1894, war die Flora schon auf 62 Gefäßpflanzen angewachsen, darunter 30 Phanerogamen und 13 Kryptogamen. Schon begannen sich einzelne Pflanzenformationen herauszubilden, so die charakteristischen Pflanzengesellschaften der Meeresküste und im Innern die Savanne mit Gräsern und niederen Sträuchern. Nach 10 weiteren Jahren fährt Ernst eine Liste mit 103 Gefäßpflanzen, 88 Phanerogamen und 13 Kryptogamen, an. Zu dieser Zeit hatten sich die Formationen schon ganz deutlich herausgebildet, und die ersten Anfänge zur Waldbildung waren vorhanden. Seit dem Jahre 1919 hat dann von Seemann die Insel wiederholt besucht und konnte das Pflanzenverzeichnis auf 262 Arten, 198 Phanerogamen, 84 Gefäßkryptogamen, vermehren. Das Vegetationsbild war nunmehr ein vollkommen anderes geworden. An Stelle des lockeren Baumwuchses war im Innern ein typischer Urwald getreten, dessen Äste und Stämme mit zahlreichen Pflanzen überkleidet waren und der zum

Teil ganz undurchdringlich war. So ist nach etwa 40 Jahren ein Zustand der Vegetation erreicht worden, der einigermaßen dem ursprünglichen der freien Natur entspricht.

Eine missglückte Sanierung. Die Ausstellungen des Vereins Berliner Künstler gehörten in alten Zeiten zu den besuchtesten und eindrucksvollsten Kunstmärkten. Aber schon seit der Gründung der Sezession, die die besten Künstler entführte, ging es mit diesen Veranstaltungen künstlerisch und geschäftlich bergab. In den letzten Jahrzehnten waren sie eine Scham und ein Gelächter.

Nun hat sich innerhalb des Vereins eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die den Versuch machen will, neben dem alljährlichen Namtsbazar am Lehrter Bahnhof kleine gut gelebte Glanz-Ausstellungen zu arrangieren, die beweisen sollen, daß auch in diesem Kreise noch ernste und ernst zu nehmende Künstler sich finden. Das Künstlerhaus in der Bellevuestraße zeigt jetzt die erste dieser Ausstellungen.

Der Versuch ist insoweit gescheitert, als uns ein paar gute Arbeiten bekannter und geschätzter Künstler vorgeführt werden. Ich verne nur Bionttes vorzüglich in die Fläche gesehen weiblichen Halbgen, sowie sein koloristisch sehr feines Stillleben, schmissige, gehaltvolle Graphiten von Deckerie und Deitmanns kräftige, oft etwas zu sehr auf den äußeren Effekt („Herbststurm im Dorf“) gestellte Impressionen. Man könnte nach drei oder vier Arbeiten meinen, die auf demselben Niveau stehen, aber dieses Niveau ist für die Ausstellung nicht kennzeichnend. Das Gros wird bestritten durch mehr oder weniger passable Mittelmäßigkeiten, deren Aufzählung sich erübrigt, und es fehlt selbst der größte, ausgelegene Ritz nicht gänzlich. Die Ausstellung sieht also, im feineren Rahmen, nur das gewöhnliche Bild der Veranstaltungen des V. B. K.: wenig Gutes, einiges Leidsche und viel Mißrathes.

Wenn der Verein helfen wollte, daß er besser sei als sein Ruf, so ist ihm das mit diesem Unternehmen ganz gewiß nicht gelungen. Eine Glanz-Ausstellung hätte anders aussehen müssen. Daß sie möglich gewesen wäre, bezweifle ich nicht. Denn es gibt im V. B. K. immerhin eine Anzahl ansehnlicher Künstler, die hier nicht vertreten sind, und das Ausschließen des offensbaren Schundes müßte sich mit Energie und gutem Willen bemerkbar machen lassen. Welche Umstände das Scheitern dieses ersten Sanierungsversuches bewirkt haben, ob Unfähigkeit, persönliche Rücksichtnahme oder Intransigen die Schuld tragen, weiß ich nicht. Im V. B. K. ist nach dieser Richtung hin der Kreis der Möglichkeiten unbegrenzt. J. S.

Volksbühne, Theater am Blauplatz. Infolge mehrerer Schenkungen ändert sich der Wochenplan wie folgt: Dienstag: „Bel dem, der hat“. Mittwoch: „Kuh nach Dreyß“. Donnerstag und Freitag: „Die letzten Mäher von Wundt“. Die Grünführung des Dramenklub's „Hogved's Schicksal“ am 2. November bleibt.

Die Galerie Neuschwanstein zeigt neue Gemälde des jetzt in Berlin lebenden Malers Heinrich Maria Dawynghousen.

Neue Arbeiten von Max Beckstein (Quartette) zeigt eine Kollektivausstellung, die in der Kunst-Anstalt, Leuznpl. 6, am 8. Nov. eröffnet wird. (9-2, 4-7).

Ein Werkhoben-Deutmal, das seine Entstehung einer Sitzung der verstorbenen Malermeisterin Elise Schiller verdankt, wurde vor dem Rönberger Stadtheater aufgeführt.

Bayerns Rüstungen gegen das Reich.

Waffenkonzentration in Coburg.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Es ist kein Geheimnis mehr, daß die bayerische Reaktion zum Marsch gegen Berlin eifrig rüstet. Fortgesetzt erfolgen durch die Geheimorganisationen Neueinziehungen. Neuerdings herrscht an der bayerisch-thüringischen Grenze ein reges Leben. Die Hitler- und Ehrhardt-Organisationen haben scheinbar den Auftrag, sobald das Signal eintrifft, einen Vorstoß über die thüringische Grenze hinaus nach Mitteldeutschland zu machen. Die bis jetzt von ihnen getroffenen Vorbereitungen lassen das deutlich erkennen. Augenblicklich ist das militärische Kräfteverhältnis an der bayerisch-thüringischen Südgrenze folgendes:

Der bayerische Grenzschutz

wird in der Hauptsache durch bayerische Schutzpolizei und Angehörige der Organisation „Bayern und Reich“ ausgebildet. Die Entwicklung der Verhältnisse in der Woche vom 22. bis 28. Oktober 1923 hat den Eindruck ergeben, daß dieser bayerischerseits rein defensiver Natur ist. Bayerische Reichswache ist an der eigentlichen Grenzsicherung nicht beteiligt. Es sind im wesentlichen zwei Grenzsicherungsschnitte zu beobachten: Der eine umfaßt die Linie Hirschberg—Lichtenberg, Nordhalben, Lauenstein; Grenzsicherungspostierungen stehen südlich Hirschberg im Saaleübergang, bei Jßigau, Lichtenberg, Bad Steben, Nordhalben, Tschirn, Reichenbach und Haslach. Das Kommando dieser Grenzsicherungsteilung befindet sich in Bad Steben. Der Grenzsicherungsschnitt 2 weist Postierungen auf bei Steinbach, Lauenstein, Ludwigsstadt, Klein-Lettau, Stadheim, Reichenbach, Rothbach, Gauerstadt, Gmünda, Karolswald, Königshofen, Weimarischmieden. Die drei letzt genannten Grenzsicherungspostierungen (Königshofen, Weimarischmieden und Weimarischmieden) können auch zu einem Grenzsicherungsschnitt 3 gehören. Hinter dieser Grenzsicherungspostenkette sammeln sich seit 22. Oktober starke Formationen militärischer illegaler Kräfte. Sie stehen in weitausgebreiteter Tiefenstellung mit den Köpfen in Coburg und Kronach und der rückwärtigen Basis in Bamberg. Die beobachteten Formationen machen den Eindruck, daß es sich im Abschnitt Kronach-Coburg um zwei getrennt organisierte Sturmdivisionen handelt. In Coburg sind festgestellt:

Der Stab der Brigade Ehrhardt.

untergebracht im Hotel Reichsgraf. Anwesend waren: Major Kimm, Major Buchmann, Oberleutnant Klitsch, Leutnant Schulke, Kapitänleutnant Ehrhardt; war am 23. Oktober in Coburg, Hitler ist am 24. Oktober in Coburg gewesen. Für Freitag, den 26. Oktober, wurde die Rückkehr Ehrhardts nach Coburg erwartet. Zuverlässige Nachrichten darüber, ob er tatsächlich zurückgekehrt ist, liegen im Augenblick noch nicht vor.

Im Truppen

sind in Coburg festgestellt: 7 Kompanien der Marinebrigade Ehrhardt, 2 M.G.-Kompanien der Brigade Ehrhardt, 3 Sturmkompanien der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, zwei noch in der Ausrüstung befindliche Kompanien des Bundes „Oberland“, eine Batterie zu vier Geschützen (S.R. 16), ein Nachrichtenzug (2 A.P.T.-Stationen). In der Umgebung wird flieberhaft an der militärischen Organisation der Angehörigen der ehemaligen Bruderschchaft Franken des Jungdeutschen Ordens (wegen deutsch-näpflischer Untertitel seit Mitte Juli 1923 aus dem Jungdeutschen Orden ausgeschlossen) gearbeitet.

An dieser Arbeit beteiligt

sind die in Coburg stationierte Hundertschaft der bayerischen Schutzpolizei und bayerische Reichswachoffiziere. Bereits am Sonntag, den 21. Oktober, fand in der Umgebung von Coburg eine größere Übung dieser Formationen statt. Die Infanteriekompanien rückten dazu mit Gewehr 98, Seitengewehr 98 und Stahlhelm aus. Die eine M.G., (12 S.M.G. 08/15) war vorchriftsmäßig bespannt. Die anderen wurden auf Lastkraftwagen transportiert. Auf dem Schießstand des ehemaligen 3. Bataillon S.R. 95 fand ein Scharfschießen statt, bei dem auch der ehemalige Herzog von Coburg-Gotha zugegen war. Im Bereiche der Sturmdivisionen Coburg sind bereits

an Artillerie festgestellt:

Sechheim: 3 Geschütze (S.R. 16 in der Richtung auf Sonneberg), bei Weihenbrunn: 2 Geschütze (S.R. 16 S.P.H.). Größere Truppenansammlungen im Bereiche Coburg sind beobachtet in Gauerstadt, Wiesenfeld, Tiefenlauter, Lichteneis, Staffelsdorf und Ebern. In Neustadt bei Coburg befinden sich die Sturmtruppen der Marinebrigade. Die Sturmdivisionen Kronach sind in ähnlicher Weise organisiert wie die Sturmdivisionen Coburg. Auch dort steht ein vollständiges Sturmregiment in derselben Gliederung wie es in Coburg beobachtet worden ist. Geschütze sind in Stellung gebracht. Bei Burg — 2 Feldkanonen Richtung Sonneberg.

Die eigentliche Basis der Truppen

scheint in Bamberg zu liegen. Bamberg selbst und seine Umgebung bietet ein vollständig militärisches Bild. Insbesondere muß Bamberg als Sammelpunkt der Organisation „Reichsflagge“ angesehen werden. Neben einem großen Bagenpark, Artillerie, Maschinengewehr- und Minenwerferformationen sind in Bamberg auch Flugzeuge, die das Hakenkreuz tragen, festgestellt.

Militärisch-strategisch

ist der Aufmarsch der illegalen Formationen wie folgt zu beurteilen: Die Organisation der Truppe, vor allen Dingen in Coburg, zeigt den modernen Stand des Bürgerkriegs. Störungsgruppen und Sturmdivisionen, ausgerüstet mit Maschinengewehren und Minenwerferformationen nebst Infanterie-Begleitbatterien haben den Zweck, in überraschendem massierten Angriff den Gegner zu überrumpeln und in schneller Bewegung nach dem Kräftezentrum der Staatsmacht der Republik, gegen die Industriestädte und die Landeshauptstadt Weimar vorzustoßen, um dort durch einen rücksichtslosen Terror der republikanischen Bewegung die Köpfe zu nehmen, alsdann die weiteren Geleitztruppen nachzuziehen und so den Angriff weiter vorzutragen.

Die Sturmdivision Coburg verfolgt offenbar das Ziel, in überraschendem geführtem Stoß das Waffenzentrum Jella-Rehli-Suhl und von da aus das Verkehrs- und Befehlszentrum Erfurt und die Landeshauptstadt Weimar zu nehmen.

Die Sturmdivision Kronach ist angelegt, um den Eisenbahnkopf Probstzella zu nehmen und von dort aus über Saalfeld und das Sozial abwärts zu stoßen und das mittlere und westliche Thüringen von dem ostthüringischen Industriegebiet und so das natürliche Menschenreservoir für eine Ergänzung der Abwehrkraft der Republik abzuschneiden.

Die Lösung der illegalen Truppen erfolgt in österrheinischen Kronen und französischen Franken.

Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln.

In Besprechungen, die am Montag, den 29. Oktober, im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsvereins- und Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde auf Grund der Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums festgestellt, daß wertbeständige Zahlungsmittel in einer zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der laufenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. Erst in der kommenden Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden können.

Der Übergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird dann nach einige Wochen in Anspruch nehmen. Er kann sich naturgemäß nur in dem Maße vollziehen, in dem die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel technisch möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß wertbeständige Zahlungsmittel eines erhöhten Schutzes gegen Fälschung bedürfen und daher in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen unterliegen. Alle Beteiligten werden darüber einig, daß die Verteilung der wertbeständigen Lohnzahlungsmittel auf die einzelnen Berufs- und Erwerbszweige möglichst gleichmäßig erfolgen muß und hierbei insbesondere das Reich nicht schneller als die Privatindustrie vorgehen darf.

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften forderten einmütig den sofortigen Übergang zur Bezahlung der Löhne in Goldmark. Eine endgültige Klärung dieser Teilfrage ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen hierüber sollen daher am Mittwoch, den 31. Oktober, unter Zuziehung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fortgesetzt werden.

Wirtschaft

Verhärteter Kampf gegen die sozialen Baubetriebe.

Vom Verband sozialer Baubetriebe wird uns geschrieben:

Es ist bekannt, daß das Unternehmertum des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels seit Jahr und Tag mit allen Mitteln gegen die sozialen Baubetriebe vorgeht, um diese Treuhänderbetriebe der Allgemeinheit loszuwerden und wieder freie Hand in der Ausbeutung der öffentlichen und privaten Bauauftraggeber zu bekommen. Das ist begreiflich, nachdem alle Spekulationen auf den Zusammenbruch der sozialen Baubetriebe fehlgeschlagen, diese Betriebe vielmehr zu gefährdeten Konkurrenten und Preisreglern auf dem Baumarkt geworden sind. Im vorigen Jahre schlossen sich die Verbände der Bauunternehmer, der Baustoffindustriellen und des Baustoffhandels zu dem bekannten Ausschuss „Bauwirtschaft“ zusammen, der Geisler zum Kampf gegen die sozialen Baubetriebe sammelte und alsbald in der Presse, in Versammlungen und in den Landes- und Gemeindeparlamenten eine ungemein verlogene Agitation gegen diese Betriebe eröffnete. Gleichzeitig ging der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe durch Eingaben an verschiedene Reichs- und Landesministerien gegen die sozialen Baubetriebe vor.

Am meisten hat es den Unternehmern des Baugewerbes die Anerkennung des Verbandes sozialer Baubetriebe und seiner Tochtergesellschaften als gemeinnützige Körperschaften und die damit zusammenhängende Befreiung von verschiedenen Steuern angetan. In Regnitz haben die Unternehmer verflucht, durch gerichtliche Klage feststellen zu lassen, daß unsere Baubetriebe nicht gemeinnützig seien und kein Recht hätten, das Wort „gemeinnützig“ in ihrer Firma zu führen. Das Landgericht Regnitz hat aber die Klage des Arbeitgeberbundes kostenpflichtig abgewiesen und ausgesprochen, daß die verlogene Bauhütte durchaus berechtigt sei, das Wort „gemeinnützig“ in ihrer Firma zu führen.

Neuerdings hat nun eine verstärkte Hege der Unternehmer gegen die Anerkennung der sozialen Baubetriebe als gemeinnützige Unternehmungen eingesetzt mit dem Ziel, die Überfremdung der Gemeinnützigkeit durch den Reichsfinanzminister bzw. die Landesfinanzämter zu erreichen. Da die Gesellschaftsverträge des Verbandes sozialer Baubetriebe und seiner Tochtergesellschaften — deren Wortlaut seinerzeit nach langen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium festgelegt worden ist und die allen Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit entsprechen — den Unternehmern keinen Anhalt zu Angriffen bieten, so suchen sie ihr Ziel durch Angriffe gegen die Tätigkeit der sozialen Baubetriebe zu erreichen. Insbesondere wird den sozialen Baubetrieben zum Vorwurf gemacht, daß sie außer Wohnungsbauten für die minderbemittelten Volksschichten auch Bauten für das Deutsche Reich, die Länder, Gemeinden usw. ausführen, und daß sie somit nichtgemeinnützig im Sinne des Gesetzes seien. Der Zweck der Uebung ist klar: man will die sozialen Baubetriebe zwingen, entweder auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu verzichten oder aber ihre Tätigkeit ausschließlich auf den Kleinwohnungsbau zu beschränken und damit als Konkurrenten und Preisregler auf dem ganzen übrigen Baumarkt auszuschneiden. Damit wären dann Reich, Länder und Gemeinden glücklicherweise wieder schuflos den Preisreglern der Unternehmer ausgeliefert.

Werden die Finanzbehörden des Reiches hierzu ihre Hand bieten? Wir hoffen, daß sie es nicht tun. Der Verband sozialer Baubetriebe kann jederzeit nachweisen, daß die ihm angeschlossenen Betriebe in weit überwiegendem Maße Kleinwohnungen für die minderbemittelten Volksschichten gebaut haben. Daß sie ausserdem auch andere Bauarbeiten, insbesondere solche für Reich, Länder und Gemeinden ausführen müssen, weil sie nur dadurch Überlauf in den Betrieben vermeiden und damit die Geschäftskosten für den Verbilligung des Kleinwohnungsbaues senken können, ist ganz selbstverständlich. Es liegt sogar durchaus im Interesse der Allgemeinheit, daß diese Betriebe bei Vergütung von Bauarbeiten durch die Eisenbahn, die Post, die Reichsbauminister, die Länder und Gemeinden usw. mehr als bisher mitwirken, um auch hier einen tatsächlich freien Wettbewerb herbeizuführen und die öffentlichen Bauauftraggeber vor ungerechtfertigten Preisen zu schützen. Sollte das nach den zurzeit geltenden Gesetzen ein Verstoß gegen die Gemeinnützigkeit sein, so wäre dies kein Beweis dafür, daß die sozialen Baubetriebe nicht gemeinnützig handeln, sondern nur dafür, daß die Gesetze dringend einer Änderung bedürfen. Man darf wohl erwarten, daß sich die Finanzbehörden des Reiches von den Unternehmern des Baugewerbes nicht aufheben lassen, sondern daß sie nach wie vor das Allgemeinwohl über die Interessen privater Erwerbstätiger stellen.

Die „M“. Die Laufend-Mark (L.M.), welche Reich und Banken zur Geldklärung der Geldrechnung eingeführt haben, ist von der Geldentwertung rasch überholt worden. Die Banken suchen vom 1. November an nur noch volle Millionen M. (= M.M.). Um hier Gleichmäßigkeit zu schaffen, hat der Reichsminister der Finanzen durch die 3. Verordnung über die Erhöhung von Steuerhöhen des Kapitalverkehrssteuergesetzes die Mindeststeuer bei der Börsenumschlagsteuer für Übertragungen von G.M.H.-Anteilen auf 2 Milliarden Mark, im übrigen auf 1 Million Mark festgesetzt. Höhere Steuerbeträge sind stets auf volle Millionen Mark aufzurunden.

Russische Getreideausfuhr nach Deutschland. Seit Wiederaufnahme des Getreideverkehrs sind, wie die Russische Telegraphenagentur mitteilt, 870 000 Zentner russischer Getreideprodukte nach Deutschland übergeführt worden.

Englischer Kabinettsrat.

London, 29. Oktober. (T.N.) Halbamtlich wird gemeldet: Das englische Kabinettsrat tritt heute zu einer Erörterung des Planes einer neuen Reparationskonferenz der allierten Mächte zusammen. Die Reichskonferenz wird sich zweifellos ebenfalls mit dieser Materie befassen und ihre Diskussion wird informativ sein. Welche Entscheidungen aber auch immer getroffen werden, insbesondere mit Rücksicht auf die französischen Einwände gegen den neuen Konferenzgedanken, so steht doch jedenfalls fest, daß die englische Regierung vollkommen die schweren Gefahren der gegenwärtigen Situation erkennt und aus dieser Erkenntnis heraus alles tun wird, was Europa vor einer weiteren Katastrophe zu retten vermag. In allen englischen Kreisen überwiegt der Wunsch, zu diesem Zwecke mit Frankreich zusammenzuarbeiten und nichts zu unterlassen, was zu einer derartigen Zusammenkunft führen kann.

London, 29. Oktober. (M.Z.) In gut unterrichteten Kreisen wird es für wenig wahrscheinlich angesehen, daß die von der französischen Regierung den Beratungen eines besonderen Reparationsausschusses auferlegten Beschränkungen ein Hindernis für den Zusammentritt eines derartigen Ausschusses bilden würden. Es sei nach Ansicht unterrichteter Kreise wesentlich, die Erörterungen der Reparationsfrage in Fluß zu bringen, selbst wenn durch die von Frankreich auferlegten Einschränkungen die Aussichten auf einen Erfolg einer derartigen Unternehmung vermindert erscheinen sollten.

Streikabbruch in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (M.Z.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat die Streikleitung heute früh den Abbruch des Streiks beschlossen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (M.Z.) Nach einer Blättermeldung aus Darmstadt haben die Franzosen eine große Anzahl Bürger in dem benachbarten Wehlheim nach Mainz abtransportieren lassen, weil die Bewohner gegen die Separatisten in Wehlheim scharf Stellung genommen und der Bürgermeister einige in Schutzhaft hatte nehmen lassen. Die Franzosen haben die sofortige Freilassung der Separatisten verlangt und, ohne die Entscheidung der deutschen Behörde abzuwarten, die obigen Verhaftungen vornehmen lassen.

Allgemeiner Streik in Hanau.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (T.N.) In Hanau wird, abgesehen von den lebenswichtigen Betrieben, allgemein gestreikt. Der Bahnbetrieb ist nicht gestört. In Frankfurt a. M. ist alles ruhig.

In Polen ist wieder einmal eine riesige Streikbewegung im Werden, die neuerdings die Eisenbahnen erfaßt hat. Man erwartet die Proklamierung des Generalstreiks. Im Zusammenhang damit ist eine Regierungsbildung vorgenommen worden, wobei u. a. die beiden nationaldemokratischen Führer Dmowski und Korczak in die neue umgebildete Regierung eingetreten sind, der erste als Außen-, der zweite als Kultusminister.

Dollar in New York: 80 Milliarden Mark (Schlußkurs)

Das Abkommen der Industriellen.

Paris, 29. Oktober. (E.P.) Der „Intransigent“ meldet aus Düsseldorf, daß das Abkommen zwischen Stinnes und den Befehlungsbehörden am Dienstag unterzeichnet werden soll. Mit Krupp sei bereits eine vollständige Einigung erzielt. Das Abkommen soll am Mittwoch unterzeichnet werden. Krupp habe alle Bedingungen der Befehlungsbehörden angenommen und sich verpflichtet, einen erheblichen Betrag in Devisen zu bezahlen. Nach der Unterzeichnung der Abkommen mit Krupp und Stinnes würden 90 Proz. der Produktion in der Ruhr unter der Kontrolle der Befehlungsbehörden stehen.

Reparationen und Reichsbahn.

In einer halbamtlichen Auslassung wird das Ansinnen Frankreichs der Unterstellung der rheinischen Bahnen unter die Regie noch einmal zurückgewiesen. In der Rundgebung heißt es: „Sie (die Reichsregierung) hält an ihrem Standpunkt, die Deutsche Reichsbahn als geschlossenes Ganzes in den Dienst der Reparationen zu stellen, unbedingt fest, denn nur aus der gesamten Reichsbahn als einer untrennbaren wirtschaftlichen Einheit kann ein Höchstmaß an Reparationsleistungen herausgeholt werden.“

Die provisorische Regierung.

Aden, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die provisorische Regierung der Separatisten, die aber bisher im Rheinland sehr wenig zu fagen hat, erläßt unter dem 25. Oktober folgende Rundgebung:

Folgende Bekanntmachung ist in Coblenz erlassen: Zur Rettung des Rheinlandes in letzter Stunde vor völliger Bereubung durch Preußens Schuld haben die unabhängigen Rheinländer die Hingabe übernommen. Die Autorität der Besatzungsmächte ist selbstverständlich auch weiterhin strengstens zu achten. Alle Staats- und Gemeindebehörden haben ihren Dienst in unveränderter Weise fortzusetzen, sofern nicht andererseits andere Anordnungen ergehen. Gegen Zuwiderhandlungen wird mit unerbittlicher Strenge eingeschritten. Die gesamte Einwohnerschaft hat ruhig ihrer Beschäftigung nachzugehen. Die Lebensmittelversorgung ist sichergestellt. Requisitionen werden nur im allerbedingtesten Umfange vorgenommen. Sie müssen die Unterschrift des Ortskommissars oder seines Stellvertreters tragen, Plünderer und Unruhestifter werden ohne Warnung erschossen. Zeitungen und Druckschriften dürfen nur mit unserer Genehmigung erscheinen. Versammlungen sind verboten. Die Unabhängige Rheinische Republik ist geklärt. Die provisorische Regierung gebildet. Die Vollzugsgewalt liegt für das ganze Gebiet in den Händen der Exekutive, welche Bezirke- und Ortskommissare für ihre Stellvertreter ernannt hat. Die Regierung ist mit den Befehlungsbehörden in Verbindung getreten, um die Frage zu regeln, welche die öffentliche Ordnung in den Ortschaften betrifft, wo die Regierung die öffentliche Gewalt ausübt. Der Kommandierende der hohen Interalliierten Rheinlandkommission hat als französischer Oberkommissar die Regierung empfangen und sie benachrichtigt, daß sie diese als tatsächliche Inhaberin der Gewalt anerkennen wird. Wo sie diese Gewalt ausübt, wird die Regierung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich bleiben.

Coblenz, den 25. Oktober 1923.

Der Bezirkskommissar.
Die Exekutive: Marthes,
A. D. Dr. Kramer.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Achtstundentag.

Verlängerung der Arbeitszeit und keine Arbeit!

Der Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit läßt die Anordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November und 17. Dezember 1918 wie auch die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten auch weiterhin bestehen. Aber — sie sollen geändert und ergänzt werden.

Inbesondere darf bei den in Ziffer 1 der Anordnung vom 23. November 1918 und in den §§ 11 ff. der Verordnung vom 17. Dezember 1918 bezeichneten Arbeitnehmern die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen eintretende Ausfall von Arbeitsstunden durch Nebenarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen Woche ausgeglichen werden.

Vorläufig soll also nach dem vorläufigen Gesetz über die Arbeitszeit der Achtstundentag — von den Veränderungen und Ergänzungen abgesehen — beibehalten werden. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und im Bunde mit ihr die gesamte Reaktion fordert die Vorkriegsarbeitszeit. Die Arbeitgeberverbände offenbar aus taktischen Gründen, um möglichst weitgehende Verschlechterungen durchzuführen. Die Ueberstunden sollen ebenso schlecht bezahlt werden wie die regulären Arbeitsstunden.

Der beherrschende Begriff der Arbeitsbereitschaft soll als § 2 in das neue vorläufige Gesetz aufgenommen werden.

Für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft vorliegt, kann durch Tarifvertrag oder, soweit ein solcher nicht besteht oder doch Arbeitsverhältnisse dieser Art nicht berücksichtigt, durch den Reichsarbeitsminister eine — von der achtstündigen Arbeitszeit — abweichende Regelung getroffen werden.

Bei tarifvertraglicher Regelung wäre immerhin eine gewisse Gewähr dafür geboten, daß die „Arbeitsbereitschaft“ nicht rein willkürlich von den Arbeitgebern konstruiert werden kann. Wissen die Unternehmer aber, daß sie bei unausgelegtem Bohren, durch den Reichsarbeitsminister bzw. dessen Beamte eine ihnen genehmere Regelung bekommen können, dann werden sie es ablehnen, diese Angelegenheit im Tarifvertrag zu regeln. Soweit von zeitweiliger reiner Arbeitsbereitschaft die Rede sein kann, insbesondere im Klein- und Mittelgewerbe, ist schon längst eine längere Arbeitszeit — bis zu 9½ Stunden — eingetrisen. Außerdem besteht noch Sonntagsarbeit, die auch durch das neue Gesetz nicht angetastet werden soll.

Der § 3 des Entwurfs nimmt zunächst Bezug auf § 10, wonach die sich aus dem Gesetz ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit fortzufallen, falls vorübergehende Arbeiten in Notfällen oder zur Verhütung des Verderbens oder des Abwärtens von Arbeitszeugnissen unvorzüglich vorgenommen werden müssen. § 3 befaßt dann weiter, daß Arbeitnehmer — nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung — an 30 Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden beschäftigt werden können. Der Arbeitgeber kann sich diese 30 Tage ausnützen.

Für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer kann die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit um höchstens eine Stunde, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens zwei Stunden täglich überschritten werden:

1. bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist,
2. bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebs arbeitstechnisch abhängt,
3. bei Arbeiten zur Be- und Entladung von Schiffen im Hafen sowie zum Verschleppen von Eisenbahnwagen, soweit die Mehrarbeit zur Vermeidung oder Beseitigung von Verkehrsstörungen notwendig ist,
4. bei der Beaufsichtigung der vorstehend unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Arbeiten.

Das bedeutet in erster Linie für die Lehrlinge die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 bzw. 10 Stunden. Denn es handelt sich hier nicht etwa nur um ausnahmsweise Längerarbeit, sondern um tägliche Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung usw. Ist aber für den Gesamtbetrieb, sei es durch Tarifvertrag oder durch den Reichsarbeitsminister, gemäß § 2 die Arbeitszeit einschließlich der Arbeitsbereitschaft ohnehin verlängert, so kann sie ebenfalls für Lehrlinge oder sonstige weibliche Arbeitnehmer und für Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer unter 16 Jahren bis 10 Stunden und darüber, für Lehrlinge und andere jugendliche Arbeitnehmer über 16 Jahre bis 11 und mehr Stunden ausgedehnt werden. Kommt diese Bestimmung für Großbetriebe in der Regel nur in Ausnahmefällen zur Anwendung, so wird sie für Lehrlinge im Klein- und Mittelgewerbe zur Regel und damit die Lehrlingszukunft stark begünstigt. Wir müssen die besondere Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf diese Art von Lehrlings- und Jugendschutz lenken, um sie, wenn irgend möglich, zu verhüten. Zumal in Betrieben, denen allgemein eine längere Arbeitszeit als „Arbeitsbereitschaft“ zugestanden wird, müßte diese Konzession an die „Handwerkereit“, an die rückwärtslose Ausnützung der Lehrlinge beseitigt werden. Von der gesundheitlichen Seite der Frage bei den unterernährten jungen Leuten ganz abge-

sehen, werden sie gänzlich der zu ihrer Weiterbildung und sportlichen Betätigung — in Unterrichtskursen, Turnvereinen usw. — notwendigen Zeit beraubt. Das Jugendschutzgesetz wird auf 16 Jahre herabgesetzt und auch den Jugendlichen bis zu 16 Jahren eine täglich um eine Stunde längere Arbeitszeit zugemutet. Soll hier das kapitalistische Gesetz — je länger die Arbeitszeit, desto geringer der Lohn, der bei den Lehrlingen häufig nicht einmal für Fahrgehalt mehr ausreicht, geschweige denn zu einem Brot in der Woche — in das Arbeitsrecht aufgenommen werden? Das darf kein sozialdemokratischer Abgeordneter und auch kein rechtlich denkender bürgerlicher Abgeordneter zugeben.

Der VDMZ. provoziert!

In der gestrigen Vorberhandlung haben die Angestellten-Organisationen vergeblich versucht, eine endgültige Regelung der Oktoberbezüge herbeizuführen. Nach den Vorschlägen der Gewerkschaften sollte die Berechnung der Gehaltsbezüge nach Goldmark erfolgen. Die Restbeträge sollten entweder in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Goldanleihen), oder falls diese nicht in der erforderlichen Menge vorhanden sind, zum Teil auch in Papiermarkbeiträgen unter Zugrundelegung des Goldmarkkurses am Tage der Auszahlung gezahlt werden. Der VDMZ lehnte grundsätzlich beides ab und war nur bereit, die Oktober-

Funktionär-Konferenz

aller VSPD.-Funktionäre Groß-Berlins

heute, Dienstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal der Bodbrauerei, Tempelhofer Berg, Fildischstraße 3.

Tagesordnung: „Die Vorgänge in Sachsen“. Berichterstatter Genosse Künstler und Genossin Wurm.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte legitimieren.

Zur Deckung der Unkosten Teilerfassung.

Der Bezirksvorstand.

bezüge in Papiermark, d. h. den Nominalbetrag, ohne Rücksicht auf irgendwelche Kurschwankungen festzusetzen. Auch diesem Vorschlag suchten die Gewerkschaften sich zu nähern unter der Voraussetzung, daß die Papiermarkbeiträge einigermaßen den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen angepaßt würden. Das weitgehendste Angebot des VDMZ betrug 300 Septembergehälter, worin die bereits geleisteten Zahlungen eingeschlossen sein sollten. Dieser Vorschlag ergibt für das Spitzengehalt 90 Goldmark. Später wurde auch dieses Angebot wieder zurückgezogen, weil es nach reichlicher Ueberlegung zu hoch erschien. Nach dieser herausfordernden Haltung der Arbeitgeber war eine Verständigung unmöglich; auch der letzte Versuch, wenigstens eine vorläufige Zahlung in angemessener Höhe zu vereinbaren, scheiterte, weil sich die Gewerkschaften dem Unternehmerdiktat, 60 Septembergehälter als vorläufige Zahlung anzuerkennen, nicht fügen wollten. Das Reichsarbeitsministerium ist zur endgültigen Entscheidung angezogen. Im Anschluß an diese Verhandlungen soll eine KZ-Funktionärversammlung zu der geschaffenen Situation Stellung nehmen.

U. A. Metallarteil.
Günther, Kaiser, Rothe.

Abbruch des Generalstreiks in Oberschlesien.

Die am Sonntag nachmittag in Hindenburg abgehaltene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Berg- und Hüttenbetriebe Westerschlesiens hat bei Anwesenheit von über 700 Stimmberechtigten gegen nur 11 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Streit war von den Gewerkschaften als Generalstreik ausgerufen worden, obgleich die Streikleitung nur die Berg- und Hüttenarbeiter zur Arbeitsniederlegung aufgefordert hatte. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird vom Montag an erfolgen, aber erst in einigen Tagen vollständig durchgeführt werden können. Der Beschluß wurde gefaßt auf Grund der Antwort des Arbeitgeberverbandes am Schluß einer am Sonntagabend stattgefundenen Verhandlung. In dieser Antwort erklärten sich die Arbeitgeberverbände bereit, die Lohnzahlungen in wertbeständigem Gelde vorzunehmen, sobald wertbeständige Zahlungsmittel vorhanden seien. Sie würden alles tun, um die Beschaffung wertbeständiger Zahlungsmittel zu beschleunigen und haben die vorbereitenden Schritte bereits getan.

In der Chirurgie-Mechanik werden die Löhne und Akkordlöhne und letzten Stundenzuschläge um 75% erhöht, jugendliche männliche und weibliche Arbeiter unter 18 Jahren nach dem VDMZ. Vor der Einführung wird nach Möglichkeit noch ein größerer Voranschlag gemacht.

Im Baugewerbe wird einer gestern getroffenen Vereinbarung zufolge am Freitag, den 2. November, im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe ein Voranschlag in Höhe von 300 Millionen gezahlt. Der Vorstand des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Berlin.

Für die kaufmännischen Angestellten in der Margarineindustrie ist die Schlüsselzahl auf 6 Millionen festgesetzt worden. Im Kohlen-Großhandel sind weitere 50 Septembergehälter als Monatszahlung sofort auszahlfar.

Zum Beamtenabbaugefetz nahmen die sozialdemokratischen Beamtenobleute am Freitag abend im Gewerkschaftshaus in Anschluß an ein Referat des Gen. Hoffmann, M. d. R., Stellung. Es wurde der Reichstagsfraktion folgende Resolution übermittelt:

Die sozialdemokratischen Beamtenfunktionäre haben nach den zahlreichen Vorschlägen und Zusicherungen sozialdemokratischer Beamten in den letzten Jahren begründete Befürchtung, daß sich das geplante Beamtenabbaugefetz zu einer Entfremdung der sozialdemokratischen Beamten auswälen wird. Sie fordern von der Reichstagsfraktion, diesen Bestrebungen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Ferner wurde ein Ausschuß zur Beratung der Maßregeln eingesetzt, die zur Ueberwachung der Ausführung des Abbaugefetzes erforderlich sein werden. Dieser Ausschuß soll zusammen mit dem Sachverständigen der Reichstagsfraktion diese Maßregeln beraten.

Achtung, Zimmerer! Im Anschluß an die am Freitag veröffentlichten Lohnsätze der vergangenen Woche sei mitgeteilt, daß der Voranschlag, der am Freitag, den 2. November, zur Auszahlung kommt, auf 300 Millionen Mark festgesetzt wurde. Die Betriebsräte und Funktionäre werden ersucht, auf allen Arbeitsstellen bekanntzugeben, daß am Sonnabend, den 3., oder Sonntag, den 4. November, in allen Bezirken Bezirksversammlungen sind. Die Bezirksleitungen erhalten noch nähere Anweisungen. Der Vorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Sonnabend, den 27., resp. am Montag, den 29. Oktober, sind vom Reichsarbeitsministerium Schiedsverträge gefaßt worden für die Kpl., Etui-, Kartonnagen- und Wellpappbetriebe, die einheitlich für die Woche vom 22. bis 27. Oktober einen Spitzelohn von fünf Milliarden vorsehen. Lohnablassen sind in unserem Ortsbureau, Engelauer 24, erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Die spanischen Gewerkschaften erklärten auf das Ersuchen der Grubenbesitzer aus Asturien und der Vertreter der Kohlenindustrie, die Arbeitszeit zur Steigerung der Kohlenproduktion um eine Stunde zu verlängern, doch sie bereits Opfer genug gebracht hätten und den Wunsch des Direktoriums nicht zu erfüllen vermöchten.

Rund der ortslichen Angestellten und Beamten, Fachgruppe Baugewerbe. Mitgliedsversammlung heute abend 7½ Uhr in den Sophien-Eilen, Berlin C., Sophienstr. 17-18. — Fachgruppe Architekt. Mitgliedsversammlung morgen, Mittwoch, abend 7½ Uhr im Bundeshaus, Berlin NW. 30, Weststr. 7, Empfangsraum.

Baugewerksbund, Fachgruppe Kleber. Mittwoch abend 7 Uhr Mitgliedsversammlung, Lohnfragen. Das Geschehen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch vorlegen; ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Die Fachgruppenleitung.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Jugendgenossen!

Zur Unterbrechung der Ferienzeit zur Reichsausübung des Verbandes der Sozialistischen Arbeiter-Jugend am Sonnabend, den 10., und Sonntag, den 11. November, werden eine Reihe von Quartieren benötigt und erbiten wir die Jugendlichen an das Jugendsekretariat, Lindenstr. 3 (Telephon 5066-5068).

Achtung, Abteilungsleiter!

Es wird hierdurch ersucht, daß alle Abteilungen die Gelder der Kammerkassen bis spätestens Mittwoch, den 11. d. M., bei uns abrechnen oder auf unser Postfach-Konto, M. Hübner, Nr. 5118, überweisen. Ferner wünschen wir diesem Tage die Karten für die Theaterabonnenten zur Verfügung am 11. November — Hermann Benschel — in Empfang genommen und abgerechnet werden. Grundpreis 200 Millionen Mark. Einzelkarten Grundpreis 300 Millionen Mark.

Achtung, Kassierer!

Die Kassiererkassen „Jugendnoten“ und „Arbeiter-Jugend“ abholen. Die „Arbeiter-Jugend“ liefert pro Exemplar 1 Million und wird nur gegen sofortigen Bezahlgang abgeben.

Heute, Dienstag, den 30. Oktober, abends 7½ Uhr:

- Buchholz: Vokal von Hesse, Souverän, M. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Kreuzberg: Vokal von Kautsky, Sozialdemokrat, M. Vortrag: „Grundlagen der Volkswirtschaft“. — Lichterfelde: Schule Kautsky, Vortrag: „Werdn und Werden der Welt“. — Neudamm III: Jugendheim Kautsky, M. Vortrag: „Schule Kautsky“. — Niederschlesische Schule Berliner Straße 31, Vortrag: „Jugend im wirtschaftlichen Leben“. — Berlin: Die erste Gemeindeführung Hindenburgstr. 62-74 (Reichsamt). — Berlin: Wie entsteht eine Zeitung? 2. Teil. — Schöneberg: Jugendklub, Vortrag: „Die Jugendbewegung“. — Berlin: „Unsere Gegner rechts und links“. — Köpenick: Jugendheim Lindenberg, M. Vortrag: „Das Sozialleben der Jugendlichen (Sexualprobleme)“. — Köpenick: Jugendheim Finkenstraße 13, Vortrag: „Herbst und Winter“. — Wedding: Reichschule Kautsky, M. Vortrag: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend?“ — Weiden: Baugewerkschule Finkenstraße 146, Vortrag: „Bauernkrieg und Revolution“.

Briefkasten der Redaktion.

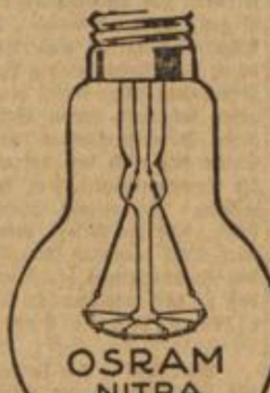
H. S. Wie können Sie über den Verein selber keine Angaben machen; vielleicht erfahren Sie Näheres beim Schwerverband deutscher Schriftsteller, M. 35, Schöneberger Ufer 23.

Sch. Die Unparteilichkeit bleibt aufrechterhalten. Für jeden Beitrag zur Invalidenversicherung wird später ein bestimmter Betrag als Steigerung zu den Leistungen der Angestelltenversicherung hinzugezogen. — S. D. 44. Kein Briefchen erhalten Sie aber die Kosten des Umzugs oder einen Beitrag dazu? Geben Sie sich mit dem Wohnungsmitt in Verbindung. — S. G. 41. 1. Ja und 2. Ja, den laufenden Infanteriebesoldungen. 3. Ja. 4. Der Lohnarbeiter. Der Lohnarbeiter ist nur rechtmäßig, wenn das Wohnungsmittel ihn gerechtfertigt hat. 4. Eine Million hat 12, eine Million 18 Tausend. — S. M. 110. 1. Straßburg. Reiz der Arbeiter auf seinen abnehmenden Standpunkt verhalten sollte. Bleibt nur der Kleinrenter übrig. 2. Die Rückzahlung beträgt 14 Tage. — S. S. 12. 1. Die Berufsausübung der Weibchen in der neuen Fassung ist noch nicht erfolgt. 2. Ja. 3. Der Teil der Betriebsräte, der auf der Fortbewahrung beruht, ist von der Minderzahl zu trennen. Im übrigen ist der Betrieb nach dem, der zwischen dem Vermieter und Mieter besteht. 4. Die Prämie kann der Vermieter auf die Mieter umlegen. — S. 28. 1. Ihre Steuerpflicht erlischt erst nach 3 Jahren. 2. Nein. 3. Ja, setzen Sie sich mit dem Wohnungsmitt in Verbindung.

Beantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Artur Göttern; Gewerkschaftsbewegung: A. Weiser; Revolution: Dr. John Schimanski; Solales und Sonstiges: Rich. Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Betriebs-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Betriebs-Berlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Stern 1 Beilage.

Ab 1. Nov. Otto Reutter bei Zielka

Variété-Kabarett
Friedrichstr. 61
Ecke Leipziger Str.



OSRAM NITRA

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

OSRAM NITRA

Wer gutes Licht will, scheue die Kosten nicht.

Die Schloßküche im Sozialdienst.

Eine kleine Anzahl gedruckter Karten, uns vertrauensvoll zur Verfügung gestellt und bereits an Notleidende verteilt, flatterte auf den Redaktionsstisch. „Einladung für die Schloßküche österreichischer Freundeshilfe. Frau Doktor Schwarzwald bittet, für die Zeit vom 29. Oktober bis 24. November in der Schloßküche ihr lieber Gast zu sein.“

Der grauhaarige Schloßküchenpfortner läßt nur Karteninhaber ein. Es geht nicht anders. Juwelen kämen sonst, von der Not getrieben. Eine der größten Küchen an der Wasserseite war jahrelang mit altm Gerümpel vollgestopft. Wozu Kochherde feiern lassen, wenn Menschen hungern! Lustig regten sich Handwerker, geschickte Frauenhände, Nichts mehr erinnert da drinnen an die Vergangenheit. Auch etwa wieder ein Hotel der Armut, überfüllt mit dem größten Brimborium landläufiger Wohlhabenheit? Ach nein, ein in Blumen lachender Festsaal für die notleidende Geisteswelt, ein Stückchen Eden für die Gepöhlten der Not. Blumen über Blumen an den Wänden, Blumen auf jeder der schneeweiß gedeckten Tischen, wundervoll sich einpassend in den Rahmen der tiefgrünen langen Fenstervorhänge. Und an den Tischen von des Lebens heimlich getragener Not gezeichnete Menschen, heute wieder hoffende Menschen, die ausgewacht sind aus häßlichem Traum und verwundert sich umschauen im weit, weit entfernt geglaubten Reiche schönen Friedens. Tausend nur täglich. Eine winzige Zahl, inmitten all der Großstadtnot. Und doch in ihr verkörpert für Berlin der Auftakt zu einer neuen Art liebevoller Hilfe. Ausschaltung jeglichen Verdienstes und aller unnötigen Kosten erreicht äußerste Sparsamkeit. Niemand soll deshalb an dem Gedanken hängen, beschenkt zu sein. Hier ist gleich lieber Gast, ob er mit Wenigem zahlt aus eigener Tasche oder für vier Wochen eingeladen ist von denen, die des Lebens Güter immer noch im Ueberfluß haben.

„Es trinkt mich fast“, sagt die Leiterin, die Gattin des österreichischen Sektionschefs Dr. Schwarzwald, als Philanthropin zu gelten. Was ich tue, ist selbstverständliche Pflicht, sollte Pflicht noch vieler sein, und was alle hier tun, ist Erziehungsarbeit, ist Bedruss an das Gewissen derer, die sorgenlos vor vollen Tellern sitzen. Was in Österreich seit Jahren nach dem Gemeinschaftsprinzip durchgeführt ist in zwanzig ähnlichen Küchen, muß auch in Deutschland und in Berlin gehen. Nein, es wird gehen. Nur der Wille muß da sein, es zu tun und schnellstens auszubauen, was in höchster deutscher Not keinen Tag des Aufschubs duldet.“ Vergebens sucht der Zwiesler nach einem Wort. Erfahrung und Erfolg sind goldene Brücken. Man trennt sich schwer von österreichischer Gastfreundschaft und trägt den herzlichsten Wunsch heim: möge die Mahnung an Pflicht und Gewissen auf fruchtbaren Boden fallen!

Die Novembermiete.

Mit Abänderungen vom Oberpräsidenten genehmigt.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Nachdem der Oberpräsident zunächst gegen die Festsetzung der Novembermiete Einspruch erhoben hat, hat der Magistrat in einer Sonderausgabe gestern eine Abänderungsbekanntmachung zur Festsetzung der Novembermiete im Gemeindefestblatt veröffentlicht, welche die Zustimmung des Oberpräsidenten gefunden hat. Es sind am 1. November folgende Zuschläge zu zahlen:

Für Verwaltungskosten: a) in einfachen Häusern die dreihundertmillionenfache Grundmiete, a) in Häusern mit Warmwassererwärmung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen im Betrieb ist, die dreihundertsechzigmillionenfache Grundmiete, c) in geschlossenen Häusern sowie in Häusern mit Sammelheizung und Warmwassererwärmung und Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen im Betrieb sind, die vierhundertzwanzigmillionenfache Grundmiete, d) in den unter das Reichsmietengesetz fallenden Geschäfts- und Industriebauwerken für nicht gewerblich usw. benutzte Räume ebenfalls die vierhundertzwanzigmillionenfache Grundmiete. In den zuletzt-

genannten Häusern ist für gewerblich, zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken benutzte Räume ausschließlich der Kosten für Hausreinigung, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen die dreihundertmillionenfache Grundmiete zu zahlen. Satten die Mieter am 1. Juli 1914 die gesamte Hausreinigung selbst auszuführen oder haben sie sämtlich später eine dahingehende Verpflichtung übernommen, so beträgt der Verwaltungskostenzuschlag die einhundertfünfzigmillionenfache Grundmiete. Satten sie nur die Treppenreinigung auszuführen, so ist die einhundertachtzigmillionenfache Grundmiete zu zahlen.

Der Zuschlag für die Kosten des laufenden Instandsetzungsarbeiten ist auf die neunhundertmillionenfache, die Höchstgrenze, bis zu der das Mietverhältnis einen Sonderzuschlag für große Instandsetzungsarbeiten festsetzen kann, auf die vierzigmillionenfache Grundmiete festgelegt worden.

Die Höchstätze für die Umlage der Betriebskosten sind folgendermaßen beschaffen worden:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes Müllabfuhr (82 million), Schlackenabfuhr (20), Kesselreinigung (12), Abfallabfuhr (175), Feuerversicherung (80).

Die Prämien der Versicherung gegen Glaschäden, Wasserschäden und Haftpflicht können je bis zum Höchstbetrage der zwanzigmillionenfachen monatlichen Grundmiete umgelegt werden. Auf die Einzelheiten in den Sägen kommen wir noch zurück.

„Zusammenstöße am Wedding“.

Unter dieser Ueberschrift bringen verschiedene bürgerliche Zeitungen in ihren Sonntagsausgaben Mitteilungen, nach denen Arbeitslose sich in größerem Umfange Plünderungen hätten zu Schulden kommen lassen, die die Polizei gezwungen haben, von ihren Schutzkräften Gebrauch zu machen. Die Darlegungen sind sensationell zugestuft und geeignet, die Erwerbslosen in ihrer Gesamtheit in der schmerzlichen Weise zu verunglimpfen. Hierzu wird uns mitgeteilt: Seit Donnerstag war es der Stadthauptkasse infolge der rapiden Geldentwertung der letzten Woche nicht möglich, die zur Auszahlung der Unterstützungen benötigten Zahlungsmittel in einzelnen Bezirksämtern voll überweisen zu können. Die Bezirksämter erhielten nur verhältnismäßig kleine Beträge und waren nicht in der Lage, die Ansprüche der Erwerbslosen zu erfüllen. Donnerstag und Freitag mußten die Erwerbslosen Stundenlang warten, um dann vergeblich nach Hause zu gehen. Den zuständigen Stellen wurde von Mitgliedern des Bezirksamts in Gemeinschaft mit Vertretern von Erwerbslosen der volle Ernst der Situation dargelegt und darauf hingewiesen, daß die Erwerbslosen in ihrer Verzweiflung sich leicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen könnten. Erst am Sonnabend gelang es, größere Beträge heranzubekommen. In der Panikstraße und in der Böttcherstraße auf dem Gesundbrunnen befinden sich vier solcher Stellen für die Erwerbslosen. Trotz dieses Hinzügens haben die hungernden Arbeitslosen sich geradezu musterhaft benommen. Ein Vertreter des Bezirksamts hatte noch am Sonnabend nach 11 Uhr an die Arbeitslosen eine Ansprache gehalten und die Situation dargelegt. Keine Ausschreitung erfolgte. Später, als ein mit Margarinefässern beladener Wagen an den Ausgängen vorbeifuhr, haben einige Leute von dem Wagen Fässer herunterzuholen versucht. Das hat der Polizei Anlaß zur Schießerei gegeben, wobei vier Leute verletzt wurden. Daraufhin hat sich der stellvertretende Bürger-

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 29. 10. (in Millionen Mark), Grünere Heringe (6000), Margarine (9500-12000), Schmalz (14500-15000), Butter (26000-27000), Talg (12000), Weiskohl (550), Wirsingkohl (600), Mohrrüben (550), Wochenlöhne in Berlin (in Millionen Mark), Steinsetzer ab 20. Oktober (323 000), Privatelektriktätensarbeiter vom 22.-28. Oktober (309 536).

meister des Bezirksamts zum Leiter der Sicherheitspolizei in der Reitkaserne in der Chausseestraße begeben, um Einspruch gegen das Schießen der Polizei einzulegen. Er bot den Vorschlag gemacht, dafür zu sorgen, daß Lebensmitteltransporte andere Straßen benutzen als die Panikstraße, wo sie provozierend wirken. Das ist auch zugesagt worden. Was sonst in der Presse mitgeteilt wurde, sind schlimme Uebertreibungen und geeignet, die hungernden und verzweifelten Arbeitslosen herabzusetzen.

Der Mord am Schneckenberg.

Dunkle Gestalten aus der Friedrichstraße.

Das Treiben der Hyänen der Friedrichstraße enthüllte die Aufklärung der Mordtat an den Rittergutsbesitzer Otto aus Schlagentin vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Im Februar 1920 wurde Otto am Schneckenberg im Tiergarten mit mehreren Schußwunden tot aufgefunden. Die Leiche war beraubt. Als Täter wurden der Schlosser Martin Brasche und der Kellerer Hans Gadow ermittelt. Während Brasche bereits 7 1/2 Jahre Zuchthaus erhalten hatte, konnte gegen den Haupttäter Gadow die Verhandlung bisher nicht durchgeführt werden, da er drei Jahre lang verhandlungsunfähig in Irrenanstalten in Behandlung war.

Der schamlos ermordete Rittergutsbesitzer war mit einer Prostituierten in ein Nachtlokal in der Jägerstraße gegangen. Dort lernte er Gadow kennen, der sich erbot, Otto noch in einen Spielklub zu führen. Brasche folgte dem Paar in einiger Entfernung. Der Angeklagte Gadow behauptete in der Verhandlung, daß er mit Otto zu einem Spielklub nach der Lennestraße gefahren sei. Dort hätten sie keinen Einlaß gefunden und seien zu Fuß durch den Tiergarten gegangen. Am Schneckenberg habe Otto ein unflüchtiges Atemiauf ihn verüben wollen. Er habe sich gewehrt und sich schließlich den Händen Ottos entwandten. Gadow, der zur Zeit der Tat 23 Jahre alt war und von mädchenhaftem, zartem Aussehen ist, will nicht wissen, wie Otto zu Tode gekommen ist. Die Geschworenen sprachen Gadow schuldig des schweren Raubes und des schweren Diebstahls in je zwei Fällen, sowie des Totschlages. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der Mindeststrafe von 15 Jahren Zuchthaus, wobei es einmal keine Jugendberücksichtigung, sowie die Tatsache, daß Gadow, der nach dem Urteil der Ärzte als Psychopath zu betrachten sei, in schlechte Gesellschaft geraten wäre.

Die Eisenbahnmonatsskarte am 1. November.

Die Tarife der Reichseisenbahnen werden mit dem 1. November auf Goldmark umgestellt. Gehälter und Löhne sind aber noch nicht auf Goldmarkbasis ausgebaut. Daber hat der Reichsverkehrsminister die Preise der Monats-, Säkulermonts-, Wochen- und Kurzarbeiter-Wochenkarten vorübergehend um 50 Proz. ermäßigt. Gleichzeitig werden die Mindestpreise von acht Kilometer auf vier Kilometer, und zwar auf 10 Pf. in der 4. Klasse, auf 15 Pf. in der 3. Klasse, auf 45 Pf. in der 2. Klasse und auf 90 Pf. in der 1. Klasse festgelegt. Ferner wird ab 1. November als Uebergangsmahnahme für Kurzarbeiter, die nur an einem Tage in der Woche arbeiten, eine einfache, für Hin- und Rückfahrt gültige Karte 4. Klasse mit dem Stempel „Rückfahrt“ ausgegeben, gegen tarismäßigen Ausweis, daß nur an einem Tage in der Woche gearbeitet wird. Ueber den Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- sowie Vorortverkehr werden noch besondere Bestimmungen getroffen.

Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr ist der Mindestpreis der Einzelkarte vom 29. Oktober ab auf 1 Reichsmark in der 3. Klasse und 1,5 Reichsmark in der 2. Klasse festgelegt worden. Der Zonenabstand beträgt in der 3. und 2. Klasse 300 und 450 Millionen Mark.

Die Kohlenkohle.

Das Kohlenamt der Stadt Berlin teilt mit: Auf Grund der ab 29. d. M. erfolgten 800prozentigen Erhöhung der Bahnfrachten stellen sich die Bricket- und Kohlenpreise ab 30. d. M. wie folgt: Röhren- und Ofenbrandbricketts ab Lager 26,52, frei Keller 27,67 Milliarden, Gaskohle 44,79 bzw. 46,11 Milliarden. Bei fuhrtenweiser Lieferung Röhren- und Ofenbrandbricketts 26,52 bzw. 27,5 Milliarden, Gaskohle 44,79 bzw. 45,94 Milliarden.

Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß die Preise für Gas, Wasser und Strom für morgen unverändert bleiben.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofofischer.

Roman von Johan Bojer.

In Agran aber, wo Kristaver und Marja in dem Bett an der südlichen Wand lagen, erwachte er mitten in der Nacht und sagte nach einer Weile leise:

„Ja, weinst du denn, Marja?“

„Aber nein!“

„Du mußt es doch nicht so schwer nehmen.“

Er wollte eben wieder einschlafen, als sie ihm beide Arme um den Hals legte.

„Es ist so traurig für mich, wenn du fort bist!“

„Hm! Aber du bist doch so tüchtig, du wirst schon zurecht kommen!“

„Und du nimmst sie mit! Jetzt den Vars, dann kommt Ost, einer nach dem anderen. Du hast sie genommen! Du nimmst sie!“

Was sollte Kristaver darauf sagen? Sie waren in diesem Punkte nicht einer Meinung, aber sonst war sie unermüdet Tag für Tag, man konnte nichts an ihr aussetzen, nur so bange Augen hatte sie. Jetzt hatte sie ihn umgefaßt, und war wieder nicht ganz mit ihm einig, aber das würde sich finden, Marja war ja so gut.

In der Morgendämmerung gehen schwere Schritte zum Strande hinunter, wieder sind die Laternen unterwegs, jetzt geht es fort.

Es ist lange vor der Stunde, zu der die Leute für gewöhnlich aufstehen, aber die Frauen kommen doch mit, gut eingehüllt in viele wollene Tücher zum Schutz vor der Kälte.

Es ist scharfer Frost bei Ostwind, und der ist günstig.

Blaue Phosphorklampen zischen unter den eisenschlagenden Stiefeln am Strande. — Meerleuchten. Sollen rudern an Bord, Lebwohl und glückliche Reise ist immer wieder gesagt worden, aber im letzten Augenblick läßt dem Bootsführer noch etwas ein, das die Seele von Land holen muß.

Marja steht mit den anderen Frauen am Strande. Da steht auch Perit Hulla, die Frau des Elezeus, denn jetzt im Dunkeln kann ja keiner sehen, daß sie ein paar Flecke im Gesicht hat. Der Wind ist eifig, aber sie hüllen sich in ihre Tücher, stampfen mit den Füßen, um sich warm zu halten, und wollen noch nicht gehen. Es ist schon so hell, daß Marja Vars sehen kann, der in voller Seemannsausrüstung vorn im Boot sich zu schaffen macht. Und Kristaver klettert soeben über das Rambuendach und setzt das Steuer ein. Dann kriecht er wie-

der nach vorn, schwingt sich hinunter auf den Bootsführerplatz auf der Ruderbank und wendet das Gesicht zum Lande, zu ihr, sagt aber kein Wort.

„Los!“

Man hört das Schaben des Taus an dem Eisenring, der Anker wird hochgezogen, — dann freisetzt ein Block, das breite, schwere Rahsegel wird gehißt, es bläht sich und wird schräg über dem Boot befestigt, — die „Robbe“ setzt sich in Bewegung und gleitet langsam aus der Bucht hinaus.

„Lebwohl, Kristaver, lebwohl, Vars!“ „Lebwohl!“ klang es von vielen Frauen am Strande, und sie nahmen die Kopftücher ab und winkten.

Jetzt aber war Kristaver nur noch Bootsführer, er schwang die Steuerpinne über dem Kopf und beaufsichtigte alles, was an Bord geschah, und dennoch winkte er mit dem Südwestler und rief: „Lebwohl!“

Ein Stohwind kräuselte dunkel die Bucht, die „Robbe“ legt sich auf die Seite, das Wasser schäumt am Bug, ein weißer Schaumstreifen zieht hinterher, und der rote Wimpel weht an der Mastspitze. Marja blinnte auf den Wimpel, und ihr Gesicht erhellte sich. Sie hatte den Wimpel aus dem Stoff geschnitten, der zum Unterrod für sie selbst bestimmt war, und sie hatte seine Anfangsbuchstaben mit blauer Wolle hineingestickt.

Alle, die an Land standen, begannen am Strande entlangzulaufen, als könnten sie auf diese Weise noch mit. Marja sah nur einen Südwestler vom Vordersteck winken, dann verschwand die „Robbe“ im Frostnebel, gerade als das Topsegel in die Höhe ging.

6.

Nun waren sie also unterwegs.

Der bekannte Strand mit den kleinen Häusern verschwand, und der frische Landwind trug die Boote leicht durch die Krappseen, die das Boot umschäumten. Tief drinnen im Fjord ragten andere Rah- und Topsegel empor, das waren die Fjordbewohner, die da kamen, und weiter draußen tauchten Segler aus Buchten und Einschnitten auf und strebten dem Meere zu. Es ging den alten Weg nordwärts, die Hunderte von Weilen, im Sturm, in Frost, in Schneegestöber, denselben Weg, den die Vorfahren seit langen, langen Zeiten gezogen waren.

Auf der „Robbe“ waren Elezeus Hulla und Henrik Rabben im Hinterschiff beim Bootsführer, und der eine würde genug mit der Schote zu tun bekommen, der andere mit dem Wasserschöpfer, falls es Sturm und Seegang geben sollte. Und vorn an der Halle stand Raneles Gomon; er war ein

hinter Kerl, wenn es darauf ankam, und als Ausluger im Finstern konnte keiner es mit ihm aufnehmen. Der Wind heulte, hui, wie das ging!

Aber es war noch ein sechster Mann auf dem Vordersteck neben Vars, und der setzte heute zum erstenmal den Fuß in einen großen Segler; das war Arni Asan, ein blasser Bursche mit einem rostroten Bartbüchel unter dem Kinn und goldenen Ohrringen. Er stammte aus dem Tal oben, hatte in eine Fischerhütte am Strande eingeheiratet und wollte es jetzt als Lofofischer auf der See versuchen. Ja ja, sagten die Leute zu ihm, wenn dich der Kristaver mitnimmt, dann wirst du wahrlich einen neuen Tanz lernen.

Jetzt stand er ganz hilflos in der schweren Seeausrüstung und ahnte nicht, was er auf einem Boot zu tun habe.

„Wie nennst du das?“ fragte er Vars und deutete auf ein Tau, das von dem einem Rande durch einen Block im Steuen zum anderen Rande hinüberlief.

„Das ist die Boline,“ sagte Vars.

„Und das da?“

Das war das Tau von den beiden Enden der Rahe, das zum Hinterschiff lief.

„Das ist die Brasse,“ sagte Vars. Er war doch ein Kerl, daß er einen Mann unterweisen konnte, der viel älter war als er selber.

„Und das da?“ Jetzt deutete Arni auf ein dreifaches Tau am unteren Rande des Segels, das am Mast befestigt war.

„Das ist der Briar,“ sagte Vars.

Arni kniff den Mund zusammen und wußte schon mehr als vorher; dies wollte er recht ernst und gründlich nehmen.

Die anderen Männer standen breitbeinig da, sie lauten ihren Labal und waren froh und zufrieden. Unter ihnen schaukelt das Boot, über ihnen singt die Takelage, Krämer und Banken können hierher nicht kommen, sie sind wieder auf See, sie sind freie Männer. Aber noch ist das mächtige Lofoboot fast zu groß hier im Fjord; es wird anders, wenn das Land zu beiden Seiten zurückweicht und die Wellen ihnen vom Meere selbst entgegenlagern. Dann erst findet das Boot sich wieder, es legt sich auf die Seite unter der Last der geschwellten Segel, es reitet auf und ab, jetzt schlägt die Welle an den Bug und überschwemmt das Vordersteck, Rumpf und Takelage zittern, aber die „Robbe“ fährt zischend weiter. Da sehen die Männer sich an, streichen die Tropfen aus dem Bart und lachen. Dies ist doch segeln, und ein Sonnengefühl rieselt durch den Körper; warum sollen sie sich da nicht ansehen und lachen? (Fortsetzung folgt.)

